

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **31 (1951-1952)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Eines der wichtigsten Probleme der schweizerischen Politik bildet nach wie vor die *Gefahr der Inflation*, nachdem der Lebenskostenindex Ende November um weitere 0,5% auf 170,8 Punkte gestiegen ist. Die Bewegung zu Lohnerhöhungen ist unter diesen Umständen nur schwer zum Stillstand zu bringen; im Gegenteil werden ständig neue Lohnforderungen gestellt. Man wird dem Delegierten für die wirtschaftliche Landesverteidigung, Direktor Otto Zipfel, dafür dankbar sein, daß er auf die Gefahren dieser Entwicklung erst jüngst wieder hingewiesen hat. Nach seinen Ausführungen ist denn auch äußerste Vorsicht geboten, damit nicht die mit Recht gefürchtete Preis-Lohnspirale in Bewegung kommt. Der Delegierte hat darauf hingewiesen, wie schwierig es für ein kleines, rohstoffarmes Land ist, der Teuerung auszuweichen, soweit sie von der Warensseite her bedingt ist. Um so mehr ist es nach seinen Darlegungen Pflicht der ganzen Bevölkerung, zur Verhinderung der Geldentwertung zusammenzuwirken, Zurückhaltung bei Preis- und Lohnforderungen zu üben und aufschiebbare Investitionen zurückzustellen. In dieser Linie liegt denn auch die gemeinsame Erklärung, welche von den Arbeitgeberverbänden der schweizerischen Wirtschaft, vom Gewerbe und der Landwirtschaft angeregt worden ist, und die zum Ziele hat, die Bewegung in der Preis- und Lohnpolitik zu begrenzen. Diese Erklärung bedarf indessen, um wirksam zu werden, des Anschlusses der Arbeitnehmerverbände, und man wird hoffen, daß die Kritik, welche sich in einzelnen Gewerkschaften gegen diese erfreuliche Initiative richtete, die endliche Zustimmung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes dazu nicht verhindern wird.

Aus der letzten Session der Bundesversammlung, der ersten der neuen Legislaturperiode, sind noch einige Geschehnisse zu vermerken, welche in ihren Tendenzen nur als unerfreulich bezeichnet werden können. So ist der vom Bundesrat in letzter Stunde von rund 6 auf 15 Millionen Franken erhöhte Kreditposten für die *Förderung des Weinbaues* genehmigt worden, ungeachtet der aus rechtlichen Erwägungen fließenden Opposition, die sich im Nationalrat gegen die Vorlage erhob. Dabei hatte der Bundesrat selbst zugegeben, daß die gesetzliche Grundlage für solche Hilfsaktionen fehlt, solange das Landwirtschaftsgesetz nicht unter Dach ist. In eine ähnliche Kategorie fällt der Bundesbeschluß über die Gewährung eines außerordentlichen Bundesbeitrages zur Verbilligung der *Ski-Schul- und Bergführer-Tarife* im Winter 1951/52 und im Sommer 1952. Gegen den Antrag des Bundesrates, die Kreditbewilligung in die Form eines einfachen Bundesbeschlusses zu kleiden, erhob sich in beiden Räten Opposition. Diese Opposition gründete sich auch hier auf verfassungsrechtliche Erwägungen. Trotzdem wurde der Bundesbeschluß in der vom Bundesrat beantragten Form, ohne Erwähnung einer Verfassungsbestimmung, auf den er sich stützen soll, genehmigt, und zwar im Nationalrat mit 90 gegen 56 Stimmen, im Ständerat mit 24 gegen 8 Stimmen.

Durch Beschluß des Bundesrates ist der ehemalige Chef des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes, *alt Bundesrat Nobs*, zum *Präsidenten des Verwaltungsrates des Ausgleichsfonds* der Alters- und Hinterlassenenversicherung gewählt worden. Gegen diese Wahl hat sich nicht ohne Grund lebhaft Opposition erhoben, weil nunmehr sowohl der Präsident wie der Vizepräsident des AHV-Fonds Sozialdemokraten sind, nachdem das Vizepräsidium in den Händen von Nationalrat Bratschi liegt. Mit Recht wird hier geltend gemacht, daß es nicht angeht, derartige wirtschaftliche Schlüsselpositionen parteipolitisch einseitig zu besetzen. Man vergewärtigt sich dabei, daß es dem AHV-Fonds obliegt, die ihm anfallenden sehr beträchtlichen Gelder zinstragend anzulegen. So stehen dem Verwaltungsrat außerordentlich wichtige Funktionen zu, weil die Anlagepolitik des Fonds sich auf die gesamte Zinsgestaltung auswirkt. Darüber hinaus vermag er den Kapitalmarkt wesentlich zu beeinflussen, indem er Anleihen übernimmt oder an öffentliche Unternehmen und Gemeinwesen, sowie an die Privatwirtschaft Darlehen zu gewähren in der Lage ist. Angesichts dieser weitgehenden Kompetenzen des betreffenden Organs wurde mit Recht verlangt, daß der frühere Zustand wieder hergestellt werde, die Posten des Präsidenten und des Vizepräsidenten mit je einem Bürgerlichen und einem Sozialdemokraten zu besetzen. Aus diesen Erwägungen ist denn auch der Rücktritt des Vizepräsidenten, Nationalrat Bratschi, verlangt worden.

In jüngster Zeit ist die Diskussion um die *Ämtereinreihung des Bundespersonals* wieder in Fluß gekommen, nachdem der Schweizerische Eisenbahner-Verband bei den Bundesbahnen mit Begehren für eine weitere Revision der Ämtereinreihung vorstellig geworden ist, welche Mehrkosten von nicht weniger als 22 Millionen Franken im Jahr verursachen würden. Nachdem auch von Personalverbänden anderer eidgenössischer Verwaltungen Verbesserungen verlangt wurden, hat der Bundesrat beschlossen, das Problem vorerst durch ein Expertengutachten abklären zu lassen. Inzwischen hat die «Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau» ihrerseits zu der Frage Stellung genommen. Ausgehend von der Erwägung, daß auf den 1. Januar 1953 die erste Revision des Beamtengesetzes zu erfolgen hat, verlangt die Eingabe, daß bis zu diesem Zeitpunkt Klarheit darüber geschaffen werde, welche Einreihungsänderungen wirklich als notwendig und begründet zu betrachten sind. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß zwischen Arbeitsteilung, Ämtereinreihung, Anstellungs- und Beförderungspraxis ein sehr enger Zusammenhang besteht, und daß eben sehr viel darauf ankommt, daß die Arbeit rationell aufgeteilt wird und jeder Bedienstete zu mindest 75% seiner Zeit diejenige Arbeit ausführt, welche seiner Einteilung entspricht. Die Eingabe macht hier geltend, daß dies eben keineswegs überall der Fall sei, und sie verlangt mit Recht, daß diese Verhältnisse eingehend überprüft werden, weil sie in der Behandlung der ganzen Frage von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Die nächsten Wochen werden im ganzen Lande lebhaft Auseinandersetzungen um das *Landwirtschaftsgesetz* bringen, das am 30. März zur Volksabstimmung gelangt. Nun ist bekannt, daß in den Kreisen der Landwirtschaft selbst eine nicht unerhebliche Opposition gegen das Gesetz besteht, — begreiflich, wenn man weiß, daß verschiedene Bestimmungen des Gesetzes der Landwirtschaft nicht nur Rechte, sondern erhebliche Pflichten im Sinne staatlicher Überwachung und Leitung auferlegen. In diesem Zusammenhang mag ein Vorkommnis bemerkenswert sein, das sich kürzlich in dem Bereich der Bauernsamen ereignete. Es geschah nämlich, daß der Präsident eines Landwirtschaftlichen Vereins nicht nur das Referendum gegen

das Landwirtschaftsgesetz unterzeichnete, sondern darüber hinaus willens ist, das Gesetz aktiv zu bekämpfen. Darüber wurde man im zürcherischen Bauernsekretariat, in dessen Zuständigkeitsbereich das Vorkommnis fällt, ausgesprochen ungehalten, und in einem Schreiben wurde dem Sünder der Rücktritt nahegelegt, mit der Wendung:

«Ein Rücktritt Ihrerseits im gegenwärtigen Zeitpunkt würde daher einem Aus-schluß zuvorkommen und wäre sowohl für Sie wie auch für uns angenehmer».

Die Angelegenheit wurde naturgemäß in den Organen der Gegner des Gesetzes mit Eifer aufgegriffen und die Zeitung «Freies Volk» schrieb unter anderem dazu:

«Besonders demokratisch scheint man auf dem Zürcher Bauernsekretariat nicht angekränkt zu sein. Der Bauernsekretär vergißt, daß der Präsident des Landwirtschaftlichen Vereins in E. nicht von seinen oder des Kantonalvorstandes Gnaden Präsident wurde, sondern durch den Willen der Mitglieder... Man darf auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit gespannt sein. Um so mehr, als der Bauernsekretär vergessen hat, daß er es hier mit einem senkrechten Mann zu tun hat, der sich nicht nur eine eigene Meinung bildet, sondern sie auch zu vertreten versteht».

* * *

Die Berichtsperiode hat in der *Weltpolitik* kaum Ereignisse gebracht, welche geeignet wären, die Entwicklung der Dinge in besonderer Weise zu gestalten. Die Generalversammlung der UNO in Paris brachte im Grunde kaum etwas anderes als die Bestätigung der bestehenden Differenzen zwischen den beiden Blocks, was beispielsweise daraus hervorgehen mag, daß 15 Wahlgänge notwendig waren, um Jugoslawien, dessen Amtsdauer abgelaufen war, als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates zu ersetzen; endlich gelang es der westlichen Gruppe, die Kandidatur Griechenlands durchzubringen. Die Diskussionen um die verschiedenen Abrüstungsvorschläge haben kaum mehr zur Lösung dieses wohl wichtigsten Problems beigetragen als es bisher der Fall war, wenn auch am Ende eine relative Konzessionsbereitschaft der Sowjetunion ersichtlich geworden sein mag; das weitere wird sich nun aus den Verhandlungen der Abrüstungskommission ergeben müssen. So ergab sich im allgemeinen aus den Pariser Beratungen der Eindruck des Anorttretens der beiden Mächtegruppen, — ein Eindruck, der übrigens in ähnlicher Weise bei den Verhandlungen in Korea festzustellen war. Wahrscheinlich erklärt sich dieses Bild der Lage aus der allmählichen Herausbildung einer Art Gleichgewichtszustand zwischen den Gruppen, der in der Folge der massiven amerikanischen Rüstung entstanden ist. Immerhin ist dazu festzustellen, daß sich die europäische Rüstung nach wie vor im Rückstand befindet, und es macht auch nicht den Anschein, daß über den Plevan-Plan demnächst eine Verständigung erzielt werden könnte. Andererseits werden aus England Stimmen vernehmbar, welche eine Wiederherstellung wirtschaftlicher Stabilität in diesem Lande nur dann für möglich halten, wenn das eigene Rüstungsprogramm reduziert wird. Diese Auffassung deckt sich ungefähr mit den Ausführungen, welche der österreichische Außenminister Dr. Gruber kürzlich gemacht hat und in denen er das Wettrüsten und seine wirtschaftlichen Folgen als die eigentlichen Ursachen des europäischen Malaise bezeichnete. Allein, wie die Dinge heute liegen, wird man die Weiterführung der europäischen Rüstung in möglichst großem Ausmaß nach wie vor als unumgänglich bezeichnen müssen, und es ist keineswegs damit zu rechnen, daß etwa die Amerikaner einem ernsthaften

Nachlassen der europäischen Anstrengungen auf diesem Gebiet einfach zusehen würden.

Inzwischen hat die gemeinsame Erklärung Trumans und Churchills anlässlich ihrer Konferenz in Washington verschiedene Differenzen aus dem Wege geräumt, welche sich in der Politik der beiden Mächte erhoben hatten. Freilich nicht alle; so kann man sich in London nach wie vor mit der Politik nicht einverstanden erklären, welche die Vereinigten Staaten im Falle Japans gegenüber China für richtig halten. Andererseits ist gerade jetzt, wo in den Vereinigten Staaten das Wahljahr anzulaufen beginnt, mit einer Änderung der amerikanischen Richtlinie in diesem Punkt am allerwenigsten zu rechnen. Dafür scheint aber das Einvernehmen in bezug auf die verschiedenen Unruheherde im Mittleren Osten weitgehend hergestellt zu sein, wenigstens was die grundsätzliche Haltung betrifft. Dieses Einvernehmen erscheint auch im höchsten Grade notwendig, nachdem diese Verhältnisse sich immer mehr zu einer schweren Belastung für die Politik des Westens auswirken.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Paris

Die vergangene Ministerkrise

war die siebzehnte innert sieben Jahren! Aber im Unterschied zu den früheren mußte sie sehr ernst genommen werden, denn sie offenbarte eine Krise des Regimes, die ein beunruhigendes Versagen der staatlichen Autorität kennzeichnet. Herr Rémy Roure klagt im «Monde» die Verantwortlichen an und nennt sie «Profanierer» des demokratischen Systems. Er beschwört die Republikaner, die echten, ihre parlamentarischen Institutionen, so lange es noch Zeit ist, zu retten, und den «Eisernen Vorhang» der Parteien zu beseitigen. Der Sturz des Kabinetts war ja tatsächlich außerhalb der Nationalversammlung beschlossen worden, und zwar durch Instanzen, die vor dem Lande keine Verantwortungen tragen. Nicht ohne Mißtrauen sieht man das neue totalitäre Recht sich hinter der schützenden demokratischen Fassade einnisten.

Die sozialistische Gruppe, die gegen die Regierung stimmte — sie hatte sie bisher unterstützt —, gehorchte dabei den Befehlen des leitenden Ausschusses der S.F.I.O., der über die Stimmen ihrer Vertreter verfügte. Im vergangenen Juni dank gewissen «Verschwägerungen» gewählt, haben diese Vertreter sich nichtsdestoweniger stets geweigert, sich auch einen Teil der Bürde aufzuladen. Sie sind dem Ministerium des Herrn Pleven ferngeblieben, allerdings unter dem Versprechen einer wohlwollenden Neutralität, die man mit byzantinischer Beschönigung eine «Unterstützungsopposition» genannt hat. Diese bedingte Unterstützung äußerte sich in den meisten Fällen als politische Enthaltung — höchst diskutabile Enthaltung von Seiten einer Gruppe, die mehr als hundert Deputierte zählt. Auf diese Weise sieht sich Frankreich mit einer parlamentarischen Versammlung beglückt, die so konstituiert ist, daß die Regierung ihre Macht nur ausüben kann, wenn die Versammlung nicht tagt.

Welches war de facto der Vorwand, unter dem Herrn Pleven das Vertrauen vorenthalten wurde? Die Finanzprojekte der Regierung sahen eine unumgänglich notwendige Neuordnung der Sécurité Sociale und der Eisenbahnen vor. Es muß festgestellt werden, daß die Gruppe R.P.F. ihre Stimmen mit denen der Sozialisten

und Kommunisten in genau dem Augenblick vereinigte, — um der Regierung den Gnadenstoß zu geben —, in welchem diese zum ersten Mal Sparmaßnahmen vorschlug, Sparmaßnahmen, wie sie die gaullistischen Kandidaten doch zum Hauptpunkt ihres Wahlprogramms erhoben hatten. Das zeigt, bis zu welchem Grade man sich in dieser Krise vom allgemeinen Interesse und von gesunden Grundsätzen entfernte und sich im Gegenteil auf den Boden reiner Taktik und politischer Berechnungen begab, — des Wohles der Nation vergessend.

Man hat in Verbindung mit den von Herrn René Mayer vorgelegten Rahmengesetzen von drohendem sozialem Rückschritt gesprochen. Das war unverständlich, denn die in Frage stehenden Gesetze sollten nur der Regierung erlauben, eine Budgetlage zu sanieren, welche sich notorisch als beunruhigend darstellt. Daß Frankreich, um die Inflation zu vermeiden, zu einer Politik weiser Einsparung übergehen sollte, braucht niemandem erst erzählt zu werden. Herr Herriot, wiedergewählter Präsident der Versammlung, hat in seiner Eröffnungsrede eine dringende Aufforderung zu unerbittlich straffer Verwaltung der öffentlichen Gelder an das Parlament gerichtet. Zur Erläuterung folgende Angaben: die «Soziale Sicherheit» befindet sich in einem Permanenzzustand imminenter Zusammenbruchs; nach offizieller Schätzung beläuft sich die Verlustmarge zwischen Ausgaben und Einnahmen für die Finanzperiode 1952 auf 70 Milliarden. Was die Eisenbahnen betrifft, so melden sie ein Defizit von 140 Milliarden — letzteres die vom Finanzminister mitgeteilte Ziffer.

Ist Frankreich bei dem jetzigen Stand seiner Kasse und seiner Wirtschaft in der Lage, die Last dieses Aufwands zu tragen? Auf diese Frage hat der verstorbene Herr Petsche anläßlich der letzten Budgetberatung treffend geantwortet: «Wenn ihr nicht wollt, daß die Ausgaben Jahr für Jahr anwachsen, muß man den Staat anders aufbauen. Und tut ihr das nicht, dann werden die votierten Gesetze in jeder Periode höhere Kredite und neue Steuern fordern». Fatalerweise pflegen die Parteien mit gleichem Eifer einander ausschließende Dinge anzustreben. Man kann aber nicht Finanzierungen verlangen und Steuern verweigern; Schutz erwarten und gegen die kostspielige Aufrüstung protestieren; sich gegen Verstaatlichung auflehnen und gleichzeitig einer Sozialisierung anpassen, sobald man sich durch sie zum Vorteil bedient glaubt. Zwar sind alle Gruppen davon überzeugt, daß Opfer gebracht werden müssen; aber im Grund wünschen sie — da sie alle mehr oder weniger Einzelinteressen vertreten —, diese Opfer möchten die anderen bringen. Vor allem wollen die Sozialisten nichts von der Reform der Sécurité Sociale wissen, weil eine solche notwendigerweise ihre Wähler in Mitleidenschaft zöge. Sie befürchten, von den Kommunisten zur Seite geschoben zu werden, und das genügt, sie zu lähmen, wie sehr auch die Dringlichkeit einer gründlichen Reorganisation der «Sozialen Sicherheit» allen einleuchtet. Die Reform der S.N.C.F. ist nicht weniger notwendig. Aber es versteht sich von selbst, daß die Stilllegung der defizitären Strecken durch Regierungsdekret verordnet werden müßte, ohne daß das Parlament darüber beschließen dürfte. Wo nicht, riskierte man eine Wiederholung des typischen Falls der Grube von La Taupe (Haute Loire). Die Administration der «Houillères de France», eine nationalisierte Verwaltung, hatte wegen ungenügender Rentabilität die Schließung dieses Bergwerks verfügt. Bereits war mit der Versetzung des Personals begonnen worden. Allein alsbald erhoben sich, ausgehend vom Personal und den Handels- und Gewerbetreibenden der Gegend, zahlreiche Proteste. Infolgedessen begab sich eine Parlamentskommission auf den Schauplatz. Wie vorauszusehen war, beantragte diese beim Minister als Ergebnis ihres Augenscheins einen Aufschub der Schließung. Solche Vorkommnisse werfen ein grelles Licht auf den Widerspruch innerhalb der Führung der Parteien, der die Unterordnung der zerbrechlichen Staatsautorität unter die drakonischen Forderungen der Privatinteressen zur Folge hat.

Im Laufe des vergangenen Jahres hat

die islamische Welt

plötzlich große Bedeutung im internationalen Leben gewonnen. Zur selben Zeit, da Griechenland und die Türkei dem atlantischen Lager beitreten, da Jugoslawien öffentlich auf Neutralität verzichtet, zeigt der Islam eine Tendenz, als Dritte unabhängige Macht neben den beiden großen Koalitionen aufzutreten. Die arabische Liga hat denn auch die Schwierigkeiten in Ägypten und Tunesien aufgegriffen, um neue Ansprüche geltend zu machen. Wie zersplittert der Islam auch sei, seine großen Strömungen quellen mit überraschender Gleichzeitigkeit aus ihrem gemeinsamen religiösen Ursprung. Die Entkräftung Europas und die Krise, welche die Christenheit durchmacht, locken die Apostel des Halbmonds, den alten Traum der arabischen Eroberer wieder aufleben zu lassen. Allein diesmal will *der Kommunismus* Hauptgewinner werden. Seine Geschicklichkeit besteht darin, daß er sich in den muslimischen Ländern immer an die vorderste Spitze des Nationalismus zu stellen weiß. Daraus kann man den Prestigeverlust der großen Mächte — ehemals waren sie die Beschützerinnen der arabischen Welt — ermessen. Aber man tut gut, sich daran zu erinnern, daß die Araber nicht überall in Nordafrika daheim sind. Frankreich seinerseits hat sich zur Aufgabe gestellt, die Bedränger zur Vernunft zu bringen und die unter Mohammeds Fahne verursachten Schäden wieder gutzumachen.

Nach der unvorsichtigen Rede von Brazzaville im Jahre 1944, in welcher die Unabhängigkeit der Völker farbiger Rasse proklamiert wurde, glaubten Unruhestifter aller Kategorien den Augenblick gekommen, der Oberhoheit Frankreichs in den überseeischen Gebieten und in den Protektoratsländern ein Ende zu bereiten. Sie mußten schnell genug einsehen, daß die Dinge nicht so einfach lagen und daß die tatsächliche Kraft dieser Völker ihren nationalistischen Ambitionen nicht entsprach. In der auf Jahresende der französischen Regierung übermittelten Botschaft des tunesischen Premiers, Herrn Cheniks, sind zwei Forderungen als wesentliche Anliegen betont: erstens, daß die bisher gemischte Regentschaft von nun an nur mehr tunesische Minister enthalten solle; zweitens, daß eine Versammlung zu wählen sei, aus der die Franzosen ausgeschlossen wären. Nicht nur hat Frankreich diese beiden Ansinnen zurückgewiesen; es hat sich überdies, und das zum ersten Mal, gleichzeitig mit der Bestätigung des unantastbaren Charakters des Vertrags von 1882, der es an Tunesien bindet, zum Prinzip der *Ko-Souveränität* bekannt. Dieser Wille zur Festigkeit zeugt von der Entschlossenheit der Radikalen und der Gemäßigten, mit der seit dem Kriege praktizierten Politik der nachgiebigen Verzichtleistung aufzuräumen. Freilich haben die Sozialisten die Antwort der Regierung mißbilligt.

Der Vorschlag einer lokalen Autonomie, die sich im Rahmen der bestehenden Verträge zu halten hätte, könnte im übrigen jene Sitzung der UNO vergessen lassen, in der Ägypten, der Irak, Pakistan und Saudi-Arabien — diese, wie man weiß, für demokratischen Geist hochrepräsentativen Länder! — Frankreich in Anklagezustand versetzten. Sein Machtspruch gegen die Kräfte der Auflösung in dem von uns angedeuteten Sinn bezeichnet eine Wendung in der französischen Politik.

Die indochinesische Angelegenheit

hat eine dramatische Phase erreicht. Der Tod des Generals de Lattre de Tassigny, der die französische Armee eines hochangesehenen und ungemein beliebten Führers beraubt, tritt in dem Zeitpunkt ein, in dem sich die Lage im asiatischen Süden zuspitzt. Die Kämpfer werden den Verlust des außergewöhnlichen Mannes schmerzlich empfinden, der ihre Streitlust zu begeistern und alle Energien unter ausnehmend schwierigen Verhältnissen zusammenzuraffen und anzufeuern wußte. Es hat den Anschein, als werde die chinesische Hilfe mit Truppen, Munition und militärischer

Ausrüstung täglich wirksamer, während die amerikanischen Materiallieferungen an das französische Heer seit Monaten im Verzug sind. Der Krieg geht unentschieden weiter. Und die Fortsetzung der Feindseligkeiten gefährdet die Bemühungen um die Verteidigung des europäischen Kontinents. In der Tat scheint eine fruchtbare Mitwirkung Frankreichs in der europäischen Armee, solange die Elite seiner Subalternoffiziere in Tonkin und Cochinchina festgehalten ist, solange es jährlich den Bestand einer ganzen Promotion von Saint-Cyr verliert, mehr und mehr in Frage gestellt. Es ist eine undankbare Aufgabe für Frankreich, einen solchen Kraftaufwand leisten zu müssen, während es — nicht ohne Grund — an der Aufrichtigkeit gewisser hoher vietnamischer Würdenträger zweifeln zu müssen glaubt, die bereits das Datum seines Abzugs errechnen.

Auf das Bedenkliche dieser Situation wies neulich Herr Mendès-France in einer Rede hin, welcher die Kammer besondere Aufmerksamkeit schenkte. Ohne sich festlegen zu wollen, hat die Regierung ihre Absicht, einen Ausweg zu suchen, durchblicken lassen. Die militärische Lösung erscheint heute problematisch. Gewisse politische Kreise neigen sogar zu der Auffassung, es sei ein Fehler gewesen, daß man die durch das beherzte und rasche Handeln des Generals de Lattre in Tonking geschaffene günstige Situation nicht sogleich ausgenützt habe. Tatsache ist, daß die angelsächsischen Großmächte bis jetzt den internationalen Charakter des indochinesischen Konflikts noch nicht anerkannt haben, dessen strategische Bedeutung doch die des Koreakrieges übertrifft. Großbritannien, das von Frankreich um Flottenunterstützung angegangen worden war, hat sie abgelehnt, um das kommunistische China nicht zu erzürnen. Amerika beharrt trotz der Erfahrung in Korea auf seinem antikolonialistischen Vorurteil. Wenn, was man mit Grund befürchten muß, die chinesischen «Freiwilligen» an der Front erscheinen sollten, würde das bisherige Kräfteverhältnis umgeworfen, was zu einer überaus kritischen Lage führen könnte. Die Internationalisierung des Konflikts entspräche denn auch dem Wunsch der öffentlichen Meinung, obwohl aller Wahrscheinlichkeit nach die UNO diese Notwendigkeit nicht einzusehen bereit ist; eine derartige Lösung stößt vorderhand noch auf diplomatische Schwierigkeiten. Andererseits muß man zugeben, daß sich mit dem im Ursprung der Auseinandersetzung wirkenden nationalistischen Drängen ein großer Teil des Volkes von Vietnam identifiziert. Die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea verlaufen allerdings keineswegs ermutigend, wie groß auch die Hoffnungen sind, die man auf eine allgemeine Verständigung zwischen dem Osten und dem Westen setzen mag, von welcher der Friede der Welt abhängt.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Westdeutschland

Ich komme gerade aus Bonn zurück, wo ich einige Tage und Nächte im Bundeshaus verbrachte. Die große Debatte zur Ratifikation des Schumanplanes eignete sich in besonderem Maße dazu, diejenigen Probleme aufzureißen, die in der nächsten Zeit in der deutschen Politik die Hauptrolle spielen werden. Über den Schumanplan und den Plevenplan der Europaarmee ist genug bekannt. Es genügt an dieser Stelle die Ankündigung, daß es der

unbeirraren Energie Adenauers

gelingen wird, auch den Plevenplan unter Dach und Fach zu bringen. Das gilt in Deutschland praktisch als feststehend. Worum es geht, ist etwas anderes. Die alles

bewegende Frage lautet, ob es gelingen wird, eine bessere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition zu fundieren. Denn die Wiederbewaffnung Deutschlands ist schließlich mit viel erregenderen Momenten verknüpft als die wirtschaftliche Zusammenfassung der Montanindustrie. Adenauer richtete daher in seinen Schlußworten einen Appell zur Zusammenarbeit an die Sozialdemokratie, den er mit einer inneren Erschütterung vortrug, der sonst seinen so sachlichen und überlegenen Worten fehlt. Der zweite SPD-Vorsitzende witterte Spaltungsabsichten und stellte sich schützend vor den erkrankten Schumacher mit der Erwidern an Adenauer, daß die SPD «Ihnen gegenüber» eine fest geschlossene Einheit sei. Diese beiden Momente brauchen sich nicht auszuschließen, denn schon die Schumanplan-Debatte ergab, daß die Differenzen zwischen Regierung und Opposition jedenfalls dann als eine Bagatelle aufgefaßt werden können, wenn man sie mit den Differenzen vergleicht, welche die Regierung und die Sozialdemokratie gemeinsam von den Neutralisten wie Noack und Niemöller oder Joseph Wirth trennt. Kein Beobachter konnte in diesen Tagen einen Zweifel haben, daß auch eine sozialdemokratisch geführte deutsche Regierung, wenn die Bundeswahlen von 1949 anders ausgefallen wären, den Weg des Schumanplanes gegangen wäre, denn daß die

SPD eher noch westlicher als die CDU

orientiert ist, bestätigten sogar ihre Argumente zur Ablehnung des Schumanplans in der gegenwärtigen Form und vor Regelung der Saarfrage. Der wichtigste Kronzeuge der SPD war in der Bonner Debatte der französische Finanzminister *Mayer*, der in der Pariser Kammer die Aufgabe gehabt hatte, die französischen Sozialisten für die Ratifikation zu gewinnen, und der ihnen aus diesem Grunde zugerufen hatte, wenn es nicht zum Schumanplan käme, dann würde Deutschland der Schiedsrichter Europas werden. Aus diesem Zitat, das in Bonn reichlich verwendet wurde, wollte die SPD eine Übervorteilung Deutschlands durch Frankreich ableiten. Aber gerade die SPD würde nach ihrer ganzen Tradition eine deutsche Politik, die Deutschland zum Schiedsrichter Europas machen wollte, heftig angreifen müssen. Der Schumanplan soll ja gerade jeder Hegemoniebestrebung in Europa das Ende bereiten. Es hat sich überhaupt herausgestellt, wie schädlich es auf der internationalen Ebene ist, wenn die Argumente nationaler Regierungen, mit denen diese ihren Oppositionen gegenüber internationale «Erfolge» herausstreichen, dann von den Oppositionen in anderen Ländern gegen die eigene Regierung vorgetragen werden. Nun sagt die SPD, Adenauer hätte die Monopolstellung Deutschlands, das unter den sechs Schumanländern praktisch allein als Kohlenlieferant in Frage kommt und dessen Eisenindustrie auf der eigenen Kohlenbasis an Ort und Stelle steht, nicht genügend ausgeschlachtet. Gerade dieser Vorwurf entbehrt der Logik, wenn er von einer Opposition kommt, die sich auf jeder einzelnen Etappe den bekannten Bemühungen widersetzt hat, mit denen Adenauer die Position Deutschlands als internationaler Verhandlungspartner gestärkt hat. Die Behauptung, daß vielleicht Schumacher es besser gemacht hätte als Adenauer, ist unbewiesen, und da die temperamentvollen Äußerungen Schumachers ihn schon wiederholt in einen außenpolitischen Zweifrontenkrieg verwickelt haben, entbehrt diese Behauptung der Überzeugungskraft. Logischer und stärker waren die Argumente der Opposition in der

Saarfrage,

die von dem SPD-Abgeordneten Mommer klug und wirkungsvoll vorgetragen wurden. Ich hatte den Eindruck, daß kein Mitglied des Hauses, auch auf der Regierungsbank, diese Argumente nicht für berechtigt gehalten hätte. Es hätte aber das Ende des Schumanplanes bedeutet, wenn die Forderungen, die nicht nur die SPD, sondern ganz Deutschland stellt, zu einer *Vorbedingung* gemacht worden wären. Man kann

hierzu nur zweierlei sagen: die deutsche Stellung war offensichtlich noch nicht stark genug, eine solche Bedingung durchzusetzen, und die französische Stellung war noch nicht von dem Geist der europäischen Zusammenarbeit bestimmt, von dem das tatsächliche Funktionieren des Schumanplanes abhängen wird. In einem Zusatzantrag kam schließlich doch noch eine Art von deutscher Einheitsfront zustande, da die SPD zu dem Auftrag der Regierungsparteien an die Regierung, bei Frankreich die Rechte der Saarbevölkerung durchzusetzen, nicht «Nein» sagte, sondern sich nur der Stimme enthielt. Alle bisher vorgetragenen Argumente brauchen daher nicht unbedingt in Zukunft zwischen der Regierung und der Opposition zu stehen, denn bei dem

wichtigsten Argument der deutschen Einheit

hat gerade diese äußerlich oft so feindliche Debatte um den Schumanplan erfreulicherweise eine Klärung gebracht, die zwar auf der höchsten Ebene der Politik nichts Neues enthält, aber für die Einstellung der breiten Massen zu den kommenden Fragen von ungewöhnlicher Bedeutung werden kann, wenn die Sozialdemokratie nun auch in den Wahlversammlungen auf dem platten Lande an dieser Eindeutigkeit ihrer westlichen Orientierung keinen Zweifel aufkommen läßt. Das

dauernde Nein der SPD

zum Schumanplan und Europaarmee wird in den breiten Massen mißverstanden, wo es in eine bedenkliche Nähe zu den Neutralisten gerückt wird. Die SPD gab sich im Parlament die größte Mühe um den Beweis, daß ihr Nein zu diesen Plänen kein Nein zu Europa sei, aber der Mann auf der Straße hört aus all' dem doch immer nur *das Nein zum Soldaten überhaupt*, und da die kommenden Wahlen für den Südweststaat als politischer Auftakt und Prognose für die Bundeswahlen von 1953 gewertet werden, liegt für die Parteistrategen die Versuchung nahe, von den Verwirrungen und Verschiebungen der Argumente und Vorstellungen zu profitieren. Einige böse Kommentare von Regierungsseite zur

Niemöller-Reise nach Moskau

haben nämlich auch solche Kreise verschnupft, die politisch die Tendenzen Niemöllers unbedingt ablehnen. Niemöller ist und bleibt immerhin ein echtes Ärgernis unserer Zeit, und wer wollte sagen, daß irgendeiner von uns in dieser Welt der Ärgernisse nicht bedürfte, um aufgerüttelt zu werden und in der Verantwortung zu bleiben! Das unterscheidet jede Niemöller-Aktion von den naiven Seitensprüngen eines Joseph Wirth, der sich in Ostberlin und bei den Russen als Altreichskanzler feiern läßt, einen Ehrentitel, den das deutsche Volk und die deutsche Geschichte bisher Bismarck vorbehalten hatte. Aber in den Volksversammlungen verschieben sich die Nuancen und bisher zeigen wenige sozialdemokratische Redner die Neigung, vor dem Wähler zu bekennen, daß im Grunde

Schumacher mehr Soldaten als Adenauer

fordert, daß ihm das Maß der westlichen Integration Deutschlands nicht zu groß, sondern gerade zu klein ist, daß er eine wirklich unlösbare Integration bis zu einem Grade fordert, der Deutschland die Garantie gibt, daß die Soldaten der Westmächte auf Leben und Sterben unlösbar unser eigenes militärisches Schicksal im Ernstfalle teilen, und daß die Integration eine *totale Integration* wird, die weder Engländern noch Amerikanern einen Rückzug nach der Art von Dünkirchen offen läßt. Die Opposition arbeitet viel mit dem Begriff von der Weichenstellung und dem falschen Geleise, auf das der Bundeskanzler unsere Politik geschoben habe. In Wirklichkeit hat die Opposition die Weichenstellung für den Westen genau so vollzogen, und

was sie eigentlich kritisiert, ist gerade, daß der Zug auf diesem Geleise nicht schon ein ganz anderes Stück vorwärts gekommen ist. Die SPD hat denn auch in Bonn das immerhin populäre Argument, die westliche Integration verhindere oder verzögere die deutsche Einheit, aufrichtigerweise nicht verwendet, sondern den Kommunisten überlassen. Die SPD steht hier auf dem gleichen Standpunkt wie Adenauer, daß die Erstarkung der westlichen Gemeinschaft überhaupt erst die Chance bietet, mit den Russen ins Gespräch zu kommen und mit den üblichen Mitteln der Politik — sei es des Druckes oder des Tausches — die deutsche Frage zu lösen, sobald die Russen verhandlungsfähig geworden sind.

Das hat mit Rapallo-Politik nichts zu tun,

aber es unterstreicht im Zeitalter der überschätzten und überöffentlichen Konferenzpolitik die Abkehr vom Dilettantismus und die Rückkehr zu einer Kabinettpolitik, die in der Diplomatie noch ein Meisterhandwerk sah und als deren Vorsprecher sich in letzter Zeit auch der britische Außenminister Anthony Eden wiederholt präsentiert hat.

Karl Silex

Militärische Umschau

Die militärische Ausbildung im Jahre 1952

Die neuen Heeresklassen, die neue Truppenordnung und eine Reihe neuer Ausbildungserlasse bringen eine in Friedenszeiten bisher noch nie erreichte Dienstanhäufung. Die Zahl der Dienstage steigt von rund 8 auf mehr als 10 Millionen Tage an. Dies entspricht einem Tagesdurchschnitt von rund 28 000 Mann.

Die Rekrutenausbildung

Die Infanterie beginnt mit der Kader- und Rekrutenausbildung für die Panzerabwehrkp. der Inf.Rgt., die an Stelle der Ik-Züge der Füs.Bat. treten sollen. Kader und Rekruten für die Fliegerabwehrzüge der Artillerie werden in den Schulen der Fliegerabwehrtruppen, die Motorfahrer der Verpflegungstruppen in Rekrutenschulen der Infanterie ausgebildet. Zum ersten Mal werden für die Luftschutztruppen Rekrutenschulen in der Dauer von 118 Tagen durchgeführt.

Bei der Ausbildung des *Fachpersonals* werden neue Wege eingeschlagen. Für die Waffen- und Geschützmechaniker und die Geräte- und Übermittlungsgerätemechaniker der verschiedenen Truppengattungen finden unter Leitung der KTA sogenannte Gesamtrekrutenschulen statt, in denen die allgemeine soldatische und militärische Grundausbildung und die besondere fachtechnische Mechanikerausbildung Hand in Hand gehen. Eine 1951 versuchsweise durchgeführte Gesamtrekrutenschule hat die großen Vorteile dieser Zusammenfassung gegenüber der bisherigen Aufteilung auf zwei verschiedene Rekrutenschulen erwiesen.

Die Kaderausbildung

Als Gegenstück zu den Gesamtrekrutenschulen ist auf dem Gebiet der Kaderausbildung die Einführung einer besonderen Mechaniker-Unteroffiziersschule zu erwähnen, die ebenfalls unter der Leitung der KTA steht. Die Neuerungen in der Ausbildung des Fachpersonals beruhen auf der Einsicht in die Bedeutung des Fach-

personals für den Unterhalt und die Einsatzbereitschaft des immer komplizierter und empfindlicher werdenden Kriegsmaterials.

Für die Ausbildung der Feldweibel findet eine *Feldweibelschule* von 13 Tagen statt, die in Verbindung mit der EMPA in St. Gallen durchgeführt wird. Für die Weiterbildung der Trompeterkorporale ist ein *Spielführerkurs* vorgesehen. Bemerkenswerte Neuerungen erfolgen auch bei der *Offiziersausbildung*. Die Fliegerabwehraspiranten der Artillerie besuchen eine Offiziersschule der Fliegerabwehrtruppen, die zukünftigen Übermittlungsoffiziere der Infanterie, der Leichten Truppen, der Artillerie, der Fliegerabwehrtruppen und der Luftschutztruppen eine Offiziersschule der Übermittlungstruppen. Die besondere Aufgabe und Funktion als Flab- oder Übermittlungsoffizier rückt somit in den Vordergrund, die zufällige Zugehörigkeit zu einer Truppengattung tritt zurück. Der in diesen Neuerungen zum Ausdruck kommende Gedanke der *fachtechnischen Koordination* ist nicht neu. Er zeigt sich schon bei der Ausbildung der Fouriere und Quartiermeister aller Truppengattungen durch das Oberkriegskommissariat, der Motorfahreroffiziere durch die Motortransporttruppen, der Ärzte durch die Sanität. Bisher gehörten solche Fachoffiziere der Truppengattung an, die sie zum Offizier ausgebildet hatte. Sie trugen demgemäß auch deren Truppenfarben. Die zukünftigen Übermittlungsoffiziere aber werden Offiziere der verschiedenen Truppengattungen, aus denen sie stammen und bei denen sie auch wieder eingeteilt werden. Der Gedanke der fachtechnischen Koordination setzt sich erfreulicherweise in vermehrtem Maße durch, und in dieser Beziehung verschwinden die Grenzen der Truppengattungen immer mehr. Man begnügt sich aber einstweilen mit halben Lösungen. Die Infanterie bildet die Rekruten für ihre Flabkp. immer noch in eigenen Schulen und die Offiziersaspiranten in Offiziersschulen der Infanterie aus. Der Offiziersschule der Übermittlungstruppen geht ein Spezialkurs von 27 Tagen voraus, an dem wohl die angehenden Übermittlungsoffiziere der Fliegerabwehr-, der Übermittlungs- und der Luftschutztruppen teilnehmen, nicht aber die Übermittlungsaspiranten der Infanterie, der Leichten Truppen und der Artillerie.

Die Wiederholungskurse

Die WK des Auszuges sind Detailkurse, in denen Kommandant und Truppe mit den durch die neue Truppenordnung geschaffenen Verhältnissen vertraut gemacht werden. Das Hauptgewicht der Ausbildung liegt in der Schaffung des inneren Zusammenhaltes in den neuen Einheiten und Truppenkörpern. Daher ist in den Fällen, in denen die neue Truppenordnung große Veränderungen bringt, der WK von 20 Tagen mit einem Einführungskurs von 6 Tagen verbunden, zu dem auch die nicht WK-pflichtigen Jahrgänge einberufen werden. Daneben sind Umschulungskurse von 3 Wochen für das neue Tessiner Radfahrerbataillon 9, für die ehemaligen Trainmannschaften der Sappeurbataillone und für die Straßenpolizeikompanien vorgesehen. Bei den Schwere Füsilierkp. der Infanterie und den Kampfeinheiten der Leichten Truppen wird das schnellschießende Mg 1951 eingeführt. Bei der Artillerie werden die letzten mit 7,5 cm Geschützen ausgerüsteten Abteilungen auf die 10,5 cm Haubitze umgeschult und umbewaffnet.

Bei der Einzelausbildung ist vor allem die Beherrschung der neuen Waffen und Geräte anzustreben. Aus anderen Truppengattungen umgeteilte Leute müssen umgeschult werden. Das Schwergewicht der Ausbildung im Verband liegt in der gefechtstechnischen Schulung der Einheiten, Bataillone und Abteilungen. Der Detail-WK gestattet auch die Durchführung von *Feldbefestigungsübungen*. In jedem Regiment der Infanterie und der Leichten Truppen soll eine Kompagniestellung, bei der Artillerie eine Batteriestellung feldmäßig voll ausgebaut werden. Die Artillerie wird ausnahmsweise zu größeren WK-Gruppen zusammengefaßt, in denen die Ar-

tillierchefs der Divisionen und Gebirgsbrigaden größere Scharfschießen der Artillerie ihrer Heereseinheit, verstärkt durch Korpsartillerie, durchführen. Außerdem finden für die Kommandanten der Infanterie und der Leichten Truppen, zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Truppengattungen, Artillerie-Demonstrationen statt.

Für die Bildung der Verbände nach neuer Truppenordnung werden die *Sanitätsabteilungen* und die Leichten Sanitätskompagnien des Auszuges für 6 Tage einberufen. Für die restlichen 14 Tage werden die WK-pflichtigen Jahrgänge individuell zum Sanitätsdienst in Rekruten- und Kadernschulen aufgeboten.

Die *Gebirgs-WK* der Heereseinheiten, die 1951 im Sommer durchgeführt wurden, finden in den ersten Monaten des Jahres statt, um die Gebirgsspezialisten der Einheiten und Truppenkörper auch mit den Verhältnissen und der alpinen Technik im Winter vertraut zu machen.

Die Ergänzungskurse

Für die große Mehrzahl der Landwehrtruppen werden die Ergänzungskurse (EK) in der Dauer von 13 Tagen durchgeführt. Ausnahmen sind für die Übungen der Zerstörungstruppen in der Dauer von 6 Tagen, und für die Schießkurse der Landwehr-Flab der Infanterie und der Festungsformationen in der Dauer von 20 Tagen vorgesehen.

Sämtliche *Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden* werden zu EK von 13 Tagen einberufen, um die durch die neue Truppenordnung stark veränderten Verbände rasch mit der neuen Organisation und den neuen Aufgaben vertraut zu machen. Auch in diesen Kursen stehen die Schaffung des inneren Zusammenhaltes in den neu aufgestellten Einheiten und Truppenkörpern, die Detailausbildung an den Waffen und die Gefechtsschulung der kleinsten Verbände im Vordergrund. In den Füsilierrkp. wird ebenfalls das Raketenrohr eingeführt. Die wenigen Auszugseinheiten dieser Brigaden bestehen ihren WK in Verbindung mit dem EK der Brigaden, indem sie entweder eine Woche früher einrücken oder eine Woche später entlassen werden. Größere Einsatzübungen sollen Kader und Truppen der Brigaden mit ihren Kriegstellungen bekannt machen. Die bei der Landwehr noch in großer Zahl fehlenden Motorfahrer werden durch Umschulung herangebildet.

Gemischte Truppen

Für die aus Auszug und Landwehr oder aus allen drei Heeresklassen gemischten Truppen werden Kurse durchgeführt, die die verschiedensten Kombinationen von WK und EK aufweisen. Wenn der Auszug überwiegt, werden die Landwehrjahrgänge zur Leistung ihrer EK zweimal 20 Tage zum WK einberufen. Das ist bei den Verpflegungstruppen jährlich vorgesehen, bei den Fliegerabwehrtruppen nur jedes zweite Jahr, wenn der WK als Schießkurs durchgeführt wird, wogegen am WK ohne Schießkurs nur Auszugsjahrgänge teilnehmen. Die Fliegertruppen rufen die Landwehrjahrgänge nur zu den WK jener Einheiten ein, die auf neue Flugzeugtypen umgeschult werden. Die Übermittlungstruppen verbinden den WK von 20 Tagen für die Auszugsmannschaften mit einem EK von 13 Tagen für die Landwehrjahrgänge. Die Festungsformationen, die Luftschutztruppen und die Formationen des Materialdienstes führen jährlich Kurse von 2 Wochen Dauer für Auszugs- und Landwehrjahrgänge durch. Für diese Truppen wird somit der WK wieder von 3 auf 2 Wochen herabgesetzt, mit der Verpflichtung zu einer größeren Anzahl von WK als bei den anderen Truppengattungen innerhalb des gesetzlichen Rahmens von 160 Tagen für die Soldaten, Gefreiten und Korporale und von 240 Tagen für

die übrigen Unteroffiziere. Diese Verkürzung der WK auf 13 Tage gestattet die jährliche Einberufung dieser Truppen mit Beständen, die doch noch eine nutzbringende Ausbildung ermöglichen. Die Verkürzung des WK bleibt aber beschränkt auf gemischte Truppen mit ortsfestem Einsatz, die in der Regel am Kursort einrücken und nicht an Manövern größeren Umfangs teilnehmen. Eine ähnliche Regelung ist vorgesehen für WK-pflichtige Angehörige des Auszuges, die ausnahmsweise bereits in einer Einheit der Landwehr eingeteilt sind.

Der Landsturm

Im Landsturm werden die Veterinärkp. und -Abteilungen zu einer Organisationsmusterung von 2 Tagen einberufen. Ebenso werden die Landsturmjahrgänge der Luftschutztruppen und des Materialdienstes für 3 Tage zu den Kursen ihrer Einheiten einberufen. Besondere Verhältnisse bieten die Landsturmformationen des Munitionsdienstes, die übergangsweise noch sehr starke Landwehrbestände aufweisen. Diese werden 1952 zu einem Ergänzungskurs von 20 Tagen einberufen, an dem während 3 Tagen auch die Landsturmjahrgänge und während 6 Tagen auch die Angehörigen des Hilfsdienstes teilnehmen. Ebenso führen die Landsturmkp. der Verpflegungstruppen mit ihren starken Landwehrbeständen einen EK von 13 Tagen im Rahmen der Festungsbrigaden oder in Verbindung mit dem WK von Verpflegungsabteilungen durch.

Der Hilfsdienst

Im reorganisierten Hilfsdienst steht die Klasse U zur Verfügung der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltungen und der zivilen Schutz- und Fürsorgeorganisationen. Die militärische Ausbildung beschränkt sich auf die Angehörigen der Klasse T, für die in Anlehnung an die Kursorganisation des Frauenhilfsdienstes wiederum zahlreiche Einführungskurse, Kaderkurse und WK vorgesehen sind. Es ist von großer Bedeutung, daß zu den WK und EK der Armee auch die hilfsdienstpflichtigen Bureauordnanzten und Kochgehilfen sowie anderes Hilfspersonal einberufen werden können, die Männer für 13, die Frauen für 10 Tage. Wenn im Aktivdienst hilfsdienstpflichtige Männer und Frauen in einem Stab oder in einer Einheit nutzbringende Arbeit leisten sollen, müssen sie sich schon in Friedensdiensten in ihrer Funktion einarbeiten und mit ihrer Umgebung vertraut werden. Das ist besonders nötig bei Funktionen, die auch im Friedensdienst ausgeübt werden. — Nur die Leistung von WK durch die Angehörigen des Hilfsdienstes macht daher tatsächlich Kämpfer für Kampfaufgaben frei¹⁾.

Die neuen HD-Tankbarrikadendetachemente werden für 2—3 Tage zu den Übungen der Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden einberufen. Ebenso sind für die Ortswehren Übungen von 3 Tagen Dauer vorgesehen. Die Angehörigen des Zerstörungs-Hilfsdienstes, des Übermittlungs-, Brieftauben-, Wetter- und Lawinenhilfsdienstes nehmen während 6 bzw. 13 Tagen an den Übungen und Kursen ihrer Einheiten und Stäbe teil. Die WK der Rotkreuzkolonnen sind auf 13 Tage verlängert worden.

Die außerdienstliche Ausbildung

Auf dem Gebiet der außerdienstlichen Ausbildung stehen Armeewettkämpfe für Skipatrouillen in Andermatt bevor, verbunden mit einem internationalen Patrouillenwettkampf. Für die Mannschaftswettkämpfe im Sommer finden Ausschei-

¹⁾ Vgl. Botschaft des Bundesrates vom 3. Juli 1951. Bundesblatt 1951, Band II, S. 469.

dungen im Rahmen der Heereseinheiten statt. Die Schützen erhalten ein neues einfacheres Bundesprogramm, das insbesondere auf die etwas schwere Feldscheibe E verzichtet und sich mit Übungen auf die Schulscheiben A und B begnügt.

* *

Im Zusammenhang mit der Darlegung der diesjährigen Ausbildung wird auf die *Gedanken zur Ausbildung neuzeitlicher Infanterie* hingewiesen, die Generalmajor a. D. A. L. Ratcliffe in der *Wehrwissenschaftlichen Rundschau* veröffentlicht hat ²⁾. Angesichts der Fülle besonderer Aufgaben betont er die Wichtigkeit, den Infanteristen davor zu bewahren, zum «Einheitssoldaten» zu werden, der alles können soll und deshalb nichts wirklich kann. Die Infanterie soll marschieren, schießen und kämpfen. Trotz weitgehender Motorisierung muß sie in der Lage sein, ihr Ziel auch im Fußmarsch zu erreichen, wenn Sperren, schlechte Wege, Gebirge oder Wälder die Massenverwendung von Motorfahrzeugen erschweren oder ausschließen. Das Marschtraining der Infanterie sollte wirklichkeitsnahe, während des Winters in mehrtägigen Gewaltmärschen und schwierigem Gelände mit kriegsmäßiger Belastung und ohne Zuführung fertiggekochter Verpflegung gipfeln. Die Schießausbildung hat den Schwerpunkt auf die Maschinenwaffen und die Minenwerfer zu verlagern. Beim Schießen mit Karabiner besteht größeres Interesse an der Wirkung eines feuernden Zuges als an einzelnen Kunstschützen. Der Kampf ist zur Präzisionsarbeit im Zusammenwirken von Menschen und Maschinen geworden. Die Ausbildung muß darauf hinzielen, den Soldaten von der Furcht vor dem Unbekannten freizumachen. Großes Gewicht legt der Verfasser auf die Ausbildung bei Dunkelheit, zumal die Sinne des «verstärkten» Soldaten der Schärfung bedürfen ³⁾. Den körperlichen und seelischen Anforderungen eines neuen Krieges ist nur eine Mannschaft gewachsen, die zu Härte, Bedürfnislosigkeit und Naturverbundenheit erzogen ist. Bei den Führern aller Grade ist die Verantwortungsfreudigkeit zu stärken.

* *

Für die taktische Schulung hat unsere Armee die neue Vorschrift *Truppenführung* erhalten, die an Stelle des «Felddienst» 1927 tritt.

Im Abschnitt über die Landesverteidigung werden im wesentlichen die Aufgaben der Armee und die Möglichkeiten der Verwicklung der Eidgenossenschaft in kriegerische Auseinandersetzungen behandelt. Dabei werden unterschieden: Der Kampf gegen einen Gegner, der unser Land direkt angreift, sowie andere Möglichkeiten der Eröffnung der Feindseligkeiten; sei es nach einer länger währenden Neutralitätsperiode, sei es durch die Verletzung von Grenzgebieten, oder des Luftraumes. Es wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die Hauptaufgabe der Armee sie voraussichtlich zur strategischen Defensive zwingen wird, diese jedoch ohne Angriff im taktischen Rahmen undurchführbar sei. Hinweise auf die Wichtigkeit der Moral der Bevölkerung und der Aufgaben der Zivilbehörden im Krieg ergänzen diesen Abschnitt.

Im Abschnitt über die Truppengattungen und Kampfmittel werden die Aufgaben und Eigenarten sämtlicher Truppengattungen dargelegt. Die Kapitel über Panzer und Panzerabwehrtruppen, Luftschutz, Luftlandetruppen, Ferngeschosse und Atombomben, chemische, biologische und radioaktive Kampfmittel bilden vor allem Hinweise auf die Notwendigkeiten des modernen Kampfes und auf die Möglichkeiten

²⁾ Heft 6/7, Jahrgang 1951. Verlag E. S. Mittler, Darmstadt.

³⁾ Vgl. Märzheft 1950, S. 760.

einer noch in der Zukunft liegenden Kriegführung. — Im Abschnitt über die RD. und Ter.D. werden die mannigfachen Aufgaben dieser Organisationen dargelegt.

Die Kapitel über Führung, Märsche, Unterkunft, Aufklärung und Sicherung enthalten unter Anpassung an die Verhältnisse der Gegenwart ungefähr die gleichen im Reglement «Felddienst» enthaltenen Grundsätze.

Der Abschnitt über die Kampfverfahren eines überlegenen Gegners ist aufgenommen worden, um unseren Truppen die Möglichkeiten darzulegen, die einem Gegner gegeben sind, welcher über starke Mittel verfügt. Daß dessen Kampfverfahren sich in einer Reihe von Punkten von dem unsrigen unterscheiden wird, liegt auf der Hand. — In den folgenden Abschnitten über Angriff, Verteidigung und Rückzug werden die allgemeinen Grundsätze dargelegt, welche für unsere Armee bei diesen Kampfarten maßgebend sind. In die Verteidigung ist auch der Kampf um Zeitgewinn einbezogen worden.

Der Abschnitt über den Jagdkrieg befaßt sich ziemlich eingehend mit der Tätigkeit von Jagdpatrouillen, welche selbständig zur Unterstützung der Armee eingesetzt werden. Es wird nachdrücklich betont, daß sie der Unterstützung durch das Gros der Armee bedürfen.

Im letzten Abschnitt, der sich mit dem Kampf unter besonderen Verhältnissen befaßt, werden die Grundsätze für den Ortskampf, den Waldkampf, den Kampf in Nacht und Nebel, um Befestigungen, um Fluß- und Seenlinien, im Gebirge und im Winter dargelegt.

Die Vorschrift zeichnet sich durch Einfachheit, Klarheit und Präzision des Ausdruckes aus. Es ist daher zu hoffen, daß sie um so rascher Allgemeingut der Armee wird.

Miles

*In meiner Armee zähle ich nicht die Menschen,
sondern die Männer, die Erfahrung und Mut besitzen.*

Napoleon